

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Erhöhung des Geldvolumens durch Exportfinanzierung und Exporterlöse

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Erhöhung des Geldvolumens durch Exportfinanzierung und Exporterlöse, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 11, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131406>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Neuordnung der Bankenbezirke in Westdeutschland

Wirtschaftspolitische Folgen der Dezentralisierung

Die Filialnetze sämtlicher Kreditinstitute, mit Ausnahme der Verkehrs-Kredit-Bank AG und der Banken für den mittel- und langfristigen Kredit, blieben nach den alliierten Dezentralisierungs-Anordnungen vom April 1948 auf das Land beschränkt, in dem sich die Hauptniederlassung befand. Diese Regelung richtete sich in erster Linie gegen die drei Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank), deren Filialen unter neuen Namen zu den sogenannten Nachfolgebanken zusammengefaßt wurden. Wenn auch diese — äußerlich als Regionalbanken anzusehenden — Institute ihren Charakter als Großbank behielten, so gelang es ihnen doch nur zum Teil, die von der Wirtschaft an sie gestellten Aufgaben optimal zu erfüllen. Schon bald wurde nicht nur deutschen, sondern auch alliierten Stellen klar, daß die Dezentralisierung zu weit getrieben war. Falls nachhaltige Schäden für den Kreditsektor wie auch für die gesamte Wirtschaft verhindert werden sollten, waren weitgehende Lockerungen und Änderungen der auferlegten Beschränkungen erforderlich. Unter der gegebenen Ordnung drängen zahlreiche Faktoren auf eine stärkere Bankenkonzentration.

Gestörte Funktionen

Eine der wesentlichen — durch die Zerschlagung unterbundenen — Funktionen der deutschen Großbanken bestand in dem internen und direkten Ausgleich zwischen Bezirken mit höherer Ersparnisbildung und höherem Kapitalbedarf. Er hatte sich vor allem infolge der regional so unterschiedlichen Struktur der deutschen Wirtschaft als notwendig erwiesen.

Da die Kreditinstitute kaum über substantielle Werte verfügen, hatte sich ihr Eigenkapital im Zuge der

Geldumstellung ganz erheblich verringert. Es betrug zum Währungsstichtag nur $7\frac{1}{2}\%$ der auf $6\frac{1}{2}\%$ zusammengeschrumpften Einlagen. Die Banken sind in erster Linie auf ihre eigene, nunmehr stark herabgeminderte Finanzkraft angewiesen. Dies wiegt um so schwerer, als sich, von gewissen Ansätzen abgesehen, immer noch kein regulärer Geldmarkt herausgebildet hat. Die Institute sind daher gezwungen, ihr Kreditpotential durch Rückgriff auf das Zentralbanksystem zu erweitern, von dem sie daher in stärkerem Maße als früher abhängig sind. Die aus dieser Umwegfinanzierung entstehenden höheren Kosten gehen letztlich zu Lasten der Wirtschaft.

Bedarf an Großkrediten

Zahlreiche Unternehmen und Konzerne der Großindustrie haben auch nach ihrer Dekartellisierung einen beträchtlichen Bedarf an Großkrediten, der sich aber heute, wenn überhaupt, nur dann befriedigen läßt, wenn sich mehrere Banken zu einem Konsortium zusammenschließen. Die daran beteiligten Banken vermögen nicht immer die Verhältnisse der Konzerngesellschaften genau zu übersehen. Früher genügten in der Regel eine Großbank oder höchstens 2 bis 3 Konsorten, die auf Grund ihrer intimen Verbindung mit dem Unternehmen niemals den Überblick verloren.

Jede der Nachfolgebanken muß gegenwärtig außer der Mindestreserve noch bedeutende Barreserven und Zahlungsverkehrsguthaben unterhalten, die unter den damaligen Verhältnissen bei ihrer Zentrale konzentriert waren und daher wesentlich geringer zu sein brauchten.

Die ehemaligen Großbanken konnten ihr Risiko durch eine über das gesamte Wirtschaftsgebiet ver-

zweigte Geschäftstätigkeit verteilen. Das gegenwärtige Banksystem hat nicht nur diesen Vorteil eingebüßt, sondern läßt in Krisenzeiten die Gefahr entstehen, daß für die Wirtschaft besonders wichtige Kredite nicht immer durchzuhalten sind. So kann durch die sich daraus ergebenden Kreditkündigungen eine depressive Entwicklung noch verschärft werden. Dagegen waren die früheren Filialgroßbanken in solchen Fällen auf Grund ihrer stärkeren Finanzkraft in der Lage, mit Hilfe von Überbrückungskrediten krisenmildernd zu wirken.

Die Nachfolgebanken haben auch — und zwar nicht nur wegen der jetzt geringen Ergiebigkeit des Kapitalmarktes — die Fähigkeit verloren, größere langfristige Betriebs- und Anlagekredite zunächst vorzufinanzieren, um sie später durch Übernahme und Placierung von Aktien und Anleihen zu konsolidieren. Dies ist erst dann wieder möglich, wenn die Finanzkraft verschiedener Banken im Rahmen von größeren Einheiten zusammengefaßt wird.

Mit der Zerschlagung der Großbanken haben auch ihre Auslandsorganisationen aufgehört zu bestehen. Die kleineren Nachfolgeinstitute können heute nicht mehr die Auslandsbeziehungen in dem Maße pflegen, wie es im Interesse des Auslandsgeschäftes notwendig ist. Daher wird andererseits für ausländische Banken und Kreditgeber so lange kaum Neigung zur Hingabe von Kapital bestehen, wie Geschäftsumfang und Eigenkapital der deutschen Kreditinstitute zu gering sind.

Grundlegende Neuordnung notwendig

Die angeführten Schwierigkeiten, Disproportionalitäten und Beschränkungen lassen sich nur durch eine grundlegende Neuordnung der Banken beseitigen, die Institute schafft, die eine ausreichende Be-

triebsgröße und Kapitalkraft zur Erfüllung der an sie herantretenden Aufgaben besitzen. Diese Entwicklung soll nun durch den vom Bundesfinanzminister ausgearbeiteten Entwurf des Gesetzes über die Niederlassungsbereiche von Kreditinstituten in Gang gebracht werden. Dieser Entwurf hat endlich nach langen Verhandlungen und zahlreichen Änderungen auch die Billigung der alliierten Stellen gefunden. Ob die nach dem Entwurf zu bildenden 3 Bankbezirke — Nord, West und Süd — mit je drei selbständigen Regionalbanken in allen Fällen allein schon die Voraussetzung für die Entstehung von Bankgebilden schaffen, die groß genug sind, um sämtlichen volkswirtschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden, läßt sich noch nicht übersehen, zumal die Umstellungsergebnisse noch nicht feststehen. In Nordrhein-Westfalen und auch im südwestdeutschen Raum haben sich Nachfolgeinstitute mit ansehnlichen Bilanzsummen entwickelt. Im Westen und Süden rechnet man mit einer Kapitalausstattung bis zu je 50 Mill. DM. Im Norden dürfte, vielleicht abgesehen von der Deutschen Bank, etwa die Hälfte erreicht werden. Da diese Kapitalbasis auf die Dauer durchweg nicht ausreichen dürfte, werden früher oder später Aufstockungen erfolgen müssen. Dabei werden kapitalmäßige Beteiligungen ausländischer Interessenten, falls sie gewisse Grenzen nicht überschreiten, sicherlich willkommen sein.

Aspekte der neuen Regelung

Doch allein schon die bloße Zusammenlegung bestehender Institute bringt gegenüber dem augenblicklichen Zustand eine Reihe ins Gewicht fallender Vorteile. So ver-

schwindet der aufgeblähte Verwaltungsapparat, d. h. die 30 Hauptverwaltungen reduzieren sich auf 9, die dann jedoch mit qualifizierten Kräften besetzt werden können. Es ergeben sich zusätzliche Möglichkeiten, höhere Erträge zu erzielen und stärkere Reserven zu bilden. Die heute noch überhöhten Unkosten-Koeffizienten werden sinken. Weiter wird eine bessere Risikoverteilung, eine wachsende Liquiditätsmäßige Sicherheit und vor allem eine Hinlenkung von Krediten zu kreditbedürftigen Plätzen eintreten. Schließlich dürften die neuen Institute, auf längere Sicht gesehen, besser in der Lage sein, nicht nur die wichtigen Sonderaufgaben in der innerdeutschen Wirtschaft zu erfüllen, sondern auch gegenüber dem Ausland als vollwertige Partner aufzutreten und die Eingliederung der deutschen Wirtschaft in den Welthandel zu beschleunigen.

In der letzten Zeit sind die Geschäftsbanken liquiditätsmäßig unabhängiger vom Zentralbanksystem geworden. Da zur Zeit eine große Zurückhaltung in der Kreditgewährung und daher eine selektive Kreditpolitik für notwendig gehalten wird, wünscht die Notenbank mit den Kreditinstituten eng zu kooperieren. Die angestrebte Selbstbeschränkung der Geschäftsbanken läßt sich aber erheblich besser durchführen und kontrollieren, wenn an die Stelle einer Vielzahl mittlerer Kreditinstitute eine geringe Anzahl Großbanken tritt. Soweit es sich dabei allein um die dann umgegliederten Nachfolgeinstitute handelt, kann auf diese Weise fast ein Drittel des gesamten kurz- und mittelfristigen Kreditvolumens erfaßt und beeinflusst werden. (Gb.)

Der Kompromiß zwischen alliierten Prinzipien und deutschen Notwendigkeiten

Nach sehr langwierigen Verhandlungen zwischen den deutschen und alliierten Stellen ist soeben der vom Bundesfinanzminister ausgearbeitete Entwurf zu einem „Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten“ durch das Bundeskabinett verabschiedet worden und kann nunmehr den parlamentarischen Instanzen vorgelegt werden.

Die Ursachen für die lange Verzögerung der schon vor mehr als Jahresfrist begonnenen Verhandlungen über eine Materie, für die sich die Besatzungsmächte ein Vorrecht vorbehalten hatten, liegen darin, daß die alliierten Auffassungen über Art und Ausmaß der Dezentralisation mit den deutschen Vorstellungen schwer in Überein-

stimmung zu bringen waren. Die Besatzungsmächte ließen sich bei ihren Forderungen ebenso wie bei der Montanneuordnung und der I. G. Farben-Entflechtung von dem Bestreben leiten, auch im Bankgewerbe jede größere Konzentration dauerhaft zu unterbinden. Zwar war man inzwischen zur Einsicht gelangt, daß die in den Jahren 1947/48 vorgenommene Aufsplitterung der Großbanken — man könnte getrost von einer Balkanisierung sprechen — zu einem Hemmnis für die Erholung der westdeutschen Gesamtwirtschaft geworden war, doch wurde eine Wiederherstellung des früheren Zustandes nicht in Erwägung gezogen. Die deutschen Stellen dagegen gingen von den Erfahrungen aus, die in der Vergangenheit mit dem Großbankensystem gemacht worden waren und die unleugbar bewiesen, daß dieses System der Struktur und den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft angepaßt war und sich bestens bewährt hatte. Für uns Deutsche entstand damit die Aufgabe, zu versuchen, das Altbewährte nach Möglichkeit zu erhalten.

Dreierlösung als Kompromiß

Wieweit dies gelungen ist, erweist sich an der Schaffung von drei Bankbezirken. Diese sogenannte „Dreierlösung“ ist ein Kompromiß zwischen dem Verlangen der westdeutschen Wirtschaft nach kapitalkräftigen Banken und den Forderungen, die das von den Alliierten vertretene Dekartellisierungsprinzip stellt. Auf Grund der neuen Bestimmungen dürfen Aktienbanken, die das Depositen- und kurzfristige Kreditgeschäft als Hauptgeschäftszweig betreiben, nur in einem der drei Bezirke Niederlassungen unterhalten. Eine solche Lösung engt gegenüber der Vorkriegszeit den Geschäftsbereich der großen Banken in einschneidender Form ein, stellt aber einen Fortschritt gegenüber der gegenwärtigen Begrenzung auf den Geltungsbereich eines Landes dar, die wirtschaftlich untragbar ist, weil zusammenhängende Wirtschaftsräume zertrennt werden und Gebilde entstanden sind, denen teilweise auf die Dauer keine Lebensfähigkeit zuerkannt werden kann.



HAMBURGER KREDITBANK

FROHER

DRESDNER BANK

HAMBURG 36 · JUNGFERNSTIEG 22



Auf das vor allem von amerikanischer Seite vertretene „Dekartellierungsprinzip“ sind auch die Vorschriften über die Verhinderung überwiegenden Einflusses sowie die Ausgabe von Namensaktien zurückzuführen. Wirtschaftspolitisch gesehen ist alles das zunächst von weit geringerer Bedeutung als die endlich erfolgende Erweiterung der Bankbezirke. Damit werden nämlich die Voraussetzungen für einen kreditwirtschaftlichen Normalisierungsprozeß geschaffen, und nichts ist für die gesamte Wirtschaft unentbehrlicher als ein Bankwesen, das den gegebenen Anforderungen zu genügen vermag.

Erleichterung des Kapitalflusses

Die Zusammenfassung der bisherigen elf Länderbezirke in drei Bankbezirke erleichtert den Fluß der Gelder aus den Überschußgebieten in die Zuschußgebiete und erweitert den Geldausgleichsapparat. Gerade in Zeiten der Kreditknappheit und des Kapitalmangels ist dies besonders wichtig, weil ein reibungsloser Geldausgleich dafür sorgt, daß keine D-Mark unbeschäftigt bleibt, sondern an die Stellen des größten Bedarfs geleitet und produktiv verwendet wird. Gestützt auf die Liquiditätsstärke leistungsfähiger überregionaler Institute sind die Bankfilialen im Bedarfsfall in der Lage, in ihrer Kreditgewährung weiterzugehen, als es auf Grund der Einlagengestaltung in einem bisher auf ein Land begrenzten Bezirk möglich gewesen ist. Von dieser Erweiterung des Bewegungsspielraums profitiert die örtliche Wirtschaft besonders in den Notstandsgebieten und in Bezirken mit einseitiger Wirtschaftsstruktur. Für die einzelne Bank mindert sich das Risiko, da die Ausgleichsmöglichkeiten wachsen. Verringerter Risiko wiederum erhöht die Fähigkeit der Banken, der Wirtschaft zu helfen.

Kapitalstarke Banken sind unentbehrlich

Kapitalstarke Banken waren vor dem ersten Weltkrieg notwendig, um der deutschen Wirtschaft ihre Entwicklung zur Weltgeltung zu ermöglichen, sie erwiesen sich nach dem ersten Weltkrieg als erforderlich, um der Wirtschaft über Inflationsfolgen und vielfältige Schwankungen der Nachkriegslage hinwegzuhelfen, sie sind heute wieder ebenso unentbehrlich, um den Wiederaufbau nach innen und außen zu stützen. Ein zunehmender Teil der industriellen Produktion und des Warenumschlages vollzieht sich über Betriebe von Größenordnungen, die auch auf der kreditwirtschaftlichen Seite das Vorhandensein von Instituten mit ausreichend großer Kapazität zur Voraussetzung haben. Millionenkredite können nicht in dem durch die Wirtschaftsstruktur gebotenen Umfange von Banken bereitgestellt werden, deren Umfang und Charakter nicht über das Lokale hinausgeht. Vielleicht am stärksten wird aber auch dem den Bank- und Kreditfragen Fernstehenden einleuchten, daß wir Banken brauchen, die gegenüber

dem Ausland als vollwertige Partner in internationalen Geschäften auftreten können. Die Finanzierung der Ein- und Ausfuhr, bei der letzteren besonders auch die von mittel- und langfristigen Exportgeschäften, und die Wiedergewinnung der früheren Hilfe des Auslandes bei der Einfuhrfinanzierung (Rembourskredite für Rohstoffeinkäufe) sind Aufgaben, wie sie vordringlicher heute in der westdeutschen Wirtschaft nicht gedacht werden können. Ihre Lösung mußte unzulänglich bleiben in dem Rahmen, der dem deutschen Bankwesen durch die Aufspaltung gezeugt war.

Schließlich dürften sich auch im Emissionsgeschäft nach der Neuordnung bessere Aussichten eröffnen. Es erfordert — einen funktionsfähigen Kapitalmarkt vorausgesetzt — in unserer noch so unausgeglichenen Wirtschaft nicht nur kapitalstarke Institute, sondern insbesondere eine weite Streuung des Bankgeschäfts sowohl über Wirtschaftszweige wie vor allem über Wirtschaftsgebiete. Insgesamt sind mithin von der Bankenneuordnung in vieler Beziehung günstige Auswirkungen zu erwarten. (Schm.)

Erhöhung des Geldvolumens durch Exportfinanzierung und Exporterlöse

Die in letzter Zeit zu beobachtende Erhöhung des Geldvolumens ist zu einem wesentlichen Teil auf die Geldbewegungen, die mit dem Export zusammenhängen, zurückzuführen. Diese Beeinflussung des Geldvolumens geschieht von zwei Seiten: einmal sind die vom Zentralbanksystem gewährten Exportkredite ununterbrochen gewachsen und zum anderen hat der DM-Auszahlungsüberschuß bei der Abwicklung der Ausfuhrgeschäfte ständig zugenommen.

Seit April dieses Jahres besteht unter Einschaltung des Zentral-

banksystems eine zusätzliche Ausfuhrfinanzierung durch Verwendung von Export-Tratten. Die Geschäftsbanken haben von dieser Finanzierungsmöglichkeit im steigenden Maße Gebrauch gemacht. Mitte Oktober sind die vom Zentralbanksystem angekauften Export-Tratten ungefähr auf einen Betrag von 500 Mill. DM angestiegen. Unter Einbeziehung der übrigen beim Zentralbanksystem refinanzierten Exportkredite wurde der westdeutschen Exportwirtschaft bis Mitte Oktober Zentralbankgeld in Höhe von fast einer Milliarde

D-Mark zur Verfügung gestellt. Die Ausweitung des Geldvolumens von dieser Seite — seit Januar dieses Jahres allein rund 800 Mill. D-Mark — dürfte ihren Höhepunkt ungefähr erreicht haben. Denn es ist unwahrscheinlich, daß sich der Export, der im September nur noch geringfügig zugenommen hat, nochmals im Tempo und Ausmaß der Vorkriegsmonate ausdehnen wird. Außerdem aber dürfte nach der bisherigen ständigen Steigerung der durch das Zentralbanksystem gewährten Exportkredite nunmehr eine Kreditmarge erreicht sein, die es gestattet, einen erheblichen Teil der laufenden Einfuhr vorzufinanzieren. Daher ist von dieser Seite mit einem weiteren nennenswerten Einstrom von Zentralbankgeld wohl nicht mehr zu rechnen.

Die Ausfuhrsteigerung der letzten Zeit hat sich, wie bereits erwähnt, in der Geldsphäre noch auf eine zweite Art expansiv ausgewirkt. Die ausgezahlten DM-Gegenwerte für die aus dem Exportgeschäft anfallenden Devisen waren erheblich größer als die bei dem Erwerb von Importdevisen erfolgten DM-Einzahlungen. Das

zwangsläufige Korrelat dazu war eine stetige Zunahme der Devisenbestände der Bank deutscher Länder. Wenn auch die Erhöhung der Ausfuhr — zum mindesten vorübergehend — die günstige Wirkung hat, die Aktivseite der Zahlungsbilanz zu verbessern, so wird doch andererseits durch das damit verbundene Einfließen von Zentralbankgeld in die Wirtschaft eine zusätzliche Nachfrage geschaffen. Entscheidend ist aber, wie die Zentralbank den Devisenüberschuß verwendet. Dient er der Rückzahlung von Schulden, der Abdeckung von Defiziten, so gehen die Devisen im Endeffekt der Volkswirtschaft verloren, ohne daß dafür — jetzt oder später — auf der Waren- oder Dienstleistungsseite ein Zuwachs erfolgt. Letztlich wird auf diese Weise ein in der Vergangenheit liegender Verbrauch von Waren oder eine frühere Inanspruchnahme von Dienstleistungen in der Gegenwart beglichen. Ganz anders liegen die Verhältnisse, wenn der Devisenüberschuß einem Reservefonds zugeführt wird. In diesem Falle besteht zu jeder Zeit die Möglichkeit, der zusätzlich auf dem

Inlandsmarkt entstandenen Nachfrage, soweit sie eben aus den Auszahlungen der DM-Gegenwerte für Exporterlöse herrührt, ein entsprechendes Angebot durch Verstärkung der Einfuhren gegenüberzustellen. Dies wäre vor allem erforderlich, um einer allgemeinen Preissteigerung entgegenzuwirken oder um Verknappungen zu vermeiden.

Ein Devisenanfall, der die (manipulierte) Nachfrage nach Devisen weit übersteigt und daher, falls andere Faktoren nicht kompensierend wirken, zwangsläufig zu einer Aufblähung des Geldvolumens führt, kann auf längere Sicht nur dann zu einer Gefahr für die Marktversorgung werden, wenn der Devisenüberschuß in erster Linie für die Regulierung alter Verpflichtungen verwendet werden muß, d. h., für die Bezahlung bereits verbrauchter Waren oder früher beanspruchter Dienstleistungen. Dieses Problem wird für die westdeutsche Wirtschaft im Zusammenhang mit der geplanten Regelung der deutschen Auslandsschulden besonders an Bedeutung gewinnen. (bn.)

Außenwirtschaftliche Aufgaben der britischen Politik

London, den 15. 11. 1951
Das konservative Kabinett hat sich mit einer der Dringlichkeit der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Probleme entsprechenden Energie und Eile ans Werk gemacht. Daß Churchills Rückkehr in die Downing Street im befreuten London und vor allem in den USA. herzlich begrüßt wurde, ist in Whitehall und auch in der City mit Befriedigung notiert worden. Wenn aber amerikanische Kommentatoren mit Ungeduld auf die ersten Erfolge des „starken Mannes“ daheim und eine Aktivierung der britischen Außenpolitik warten, so beobachten offiziöse Kreise in London eine solche Verkennung der äußeren Umstände mit Unruhe. Die großen objektiven Schwierigkeiten, die seit dem Kriege mit fataler Regelmäßigkeit alle zwei Jahre zu Währungs- und Wirtschaftskrisen geführt haben, sind ja nicht mit einem Schlage

verschwunden, sondern müssen mit ungeheuer viel Geduld und Zähigkeit unter großen Opfern für die Bevölkerung aus dem Wege geschafft werden. Es war daher die erste Aufgabe der konservativen Regierung, der Bevölkerung im eigenen Lande und auch Englands Freunden im westlichen Lager reinen Wein einzuschenken. Dazu bot der Besuch von Trumans Sonderbeauftragtem Harriman in seiner neuen Rolle als Chef der Verwaltung für gegenseitige Sicherheit und Edens persönlicher Kontakt mit Acheson auf der Plenarversammlung der Vereinten Nationen eine willkommene Gelegenheit.

Es ist keine leere Phrase, wenn verantwortliche Sprecher Großbritanniens und der USA. davon sprechen, daß die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern nie enger waren als gegenwärtig. Sie müssen aber nach englischer Auffassung noch inniger gestaltet wer-

den. Aus dieser engen Verbindung und den Verpflichtungen beider Länder dritten gegenüber ergeben sich jedoch Probleme besonderer Art, unter denen die währungs- und wirtschaftspolitischen zur Zeit am dringendsten erscheinen. Eine Überprüfung der Situation im Lichte des ihnen nun zugänglichen amtlichen Materials hat die Konservativen paradoxerweise der linkssozialistischen Auffassung, daß Wiederaufrüstung im projektierten Ausmaß ohne gefährliche Einschränkung des Inlandskonsums oder der lebensnotwendigen Ausfuhr unmöglich ist, nähergebracht. Man erkennt jetzt allgemein in England, daß die vorzeitige Beendigung des Marshall-Hilfsprogramms für Großbritannien, so schmeichelhaft sie seinerzeit erschien, wirtschaftlich nicht gerechtfertigt war und zu einer gefährlichen Verkennung der Schwere der englischen Wirtschaftslage so-